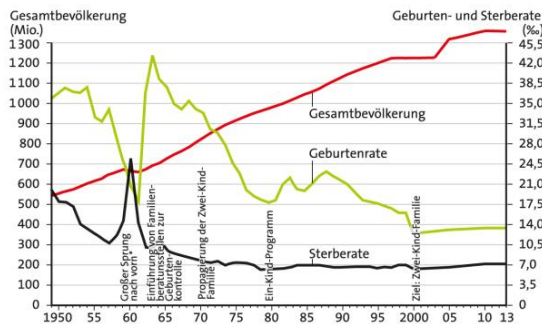


Infoblatt Ein-Kind-Politik Chinas



Bevölkerungsentwicklung Chinas. Mittlere Wachstumsprognose: 2025 = 1,476 Mrd.; 2030 = 1,5 Mrd.; 2050 = 1,4 Mrd.

Ältere Chinesen, die in der Regel noch in einer kinderreichen Großfamilie aufgewachsen sind, schimpfen auf ihre verwöhnten Einzel-Enkel - die sie allerdings meist selbst mit übertriebener Fürsorge überschüttet haben. Mütter und Väter klagen über ihre Einzelkinder, denen sie ihre ganze Liebe geschenkt haben, die sich aber nun wie „kleine Kaiser“ aufführen und jede Mitarbeit im Haushalt verweigern. Lehrer müssen sich mit kleinen Egoisten herumplagen, die in ihrer bisherigen Erziehung kaum Sozialkompetenzen entwickelt haben. All das sind Folgen der Ein-Kind-Politik, die seit ihrer Einführung vor über 35 Jahren stets umstritten war. Die einen sahen in ihr die Rettung vor der drohenden Übervölkerung nicht nur Chinas, sondern des gesamten Planeten. Für andere stellte dieses Politikmodell einen Auswuchs an Frauenfeindlichkeit und Einschränkung individueller Freiheit dar. Was sind die Fakten?

Vorgeschichte: Die Last der Vergangenheit

Die Bevölkerungszahl hatte sich im „Reich der Mitte“ viele Jahrhunderte auf einem Sockel von 60 bis 80 Mio. Menschen bewegt. Hungersnöte, Naturkatastrophen und Kriege hatten das Wachstum begrenzt. Aber bereits Ende des 17. Jhs. setzte eine Aufwärtsentwicklung ein. Um 1680 wurde die 100-Millionen-Grenze überschritten. Nur 80 Jahre später hatte sich die Bevölkerungszahl verdoppelt und bis 1850 sogar vervierfacht. Bei ihrer Gründung im Jahre 1949 lebten in der Volksrepublik China bereits über 560 Mio. Menschen.

Europa hatte im gleichen Zeitraum einen ähnlich starken Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen. Der aber wurde begleitet von den Prozessen der Industrialisierung und Verstädterung. Die Menschen fanden also Arbeitsplätze und Wohnraum. In China setzte dieser gesellschaftliche Umbruch mit weit über hundertjähriger Verspätung ein. Chinas hohe Bevölkerungszahl wurde somit zu einem gravierenden Problem - die junge Volksrepublik trat also ein schweres bevölkerungspolitisches Erbe an.

Mao Zedong, der Gründer und erste Präsident der Volksrepublik China, sah es allerdings zunächst als wesentlichen Vorteil an, dass das Land eine so große Bevölkerung hat. Er ging davon aus, dass „Produktion und Revolution“ die demografischen Probleme lösen würden. Eine stetig zunehmende Zahl von Arbeitskräften wurde als notwendige Basis für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Die Geburtenzahlen stiegen aber derart an, dass bereits in den 1950er-Jahren massive Versorgungsprobleme auftraten. Die wurden durch sozialistische Experimente wie den „Großen Sprung nach vorn“ noch verschärft. Deshalb wurden bereits in den 1960er-Jahren Beratungsstellen für Familienplanung eingerichtet. Ab 1971 wurde dann das Ideal der Zwei-Kind-Familie und der Spätehe propagiert.

Durchsetzung der Ein-Kind-Politik

Um das rasante Bevölkerungswachstum einzudämmen wurde noch unter Mao Zedong ein repressives Programm zur Eindämmung der Geburtenraten entworfen. Nach Maos Tod (1976) wurde dieses Projekt dann von Deng Xiaoping 1979 unter dem Schlagwort „Ein-Kind-Politik“ verbindlich eingeführt. Es sah im Grundsatz folgende Maßnahmen vor:

- Vorschrift für junge Paare zur Einholung einer Heiratserlaubnis
- Pflicht der heiratswilligen Frau zum Nachweis der Vertrautheit mit Maßnahmen der Empfängnisverhütung
- Festsetzung des Mindestheiratsalters für Frauen auf 20, für Männer auf 22 Jahre
- Antrag auf Kinderwunsch bei einem eigens geschaffenen Amt für Bevölkerungskontrolle

- Zuteilung von Geburtenquoten an Betriebe oder Wohnviertel; durch diese Gebietseinheiten Überwachung der Ein-Kind-Bestimmungen

- zahlreiche Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Ein-Kind-Regel (z.B. Benachteiligung bei der Vergabe von Kindergarten- und Schulplätzen, Entziehung des Wohnrechts, Arbeitsplatzverlust, Lohnabzüge, Strafzahlungen, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation).

Diese rigiden Bestimmungen wurden vor allem in den Städten angewandt. Ihre Einhaltung wurde hier auch entsprechend scharf überwacht. In den städtischen, vor allem in den ländlichen Räumen galten aber auch zahlreiche Ausnahmegenehmigungen. Für die meisten Ehepaare auf dem Lande gab es z.B. die Erlaubnis für ein zweites Kind, wenn das erste ein Mädchen war. Minderheiten in autonomen Gebieten durften generell zwei oder drei Kinder haben und für die ländliche tibetanische Bevölkerung gab es überhaupt keine zahlenmäßige Beschränkung. Generell gab es die Erlaubnis für ein zweites Kind, wenn z.B. ein Elternteil oder sogar beide bereits aus einer Einzel-Kind-Familie stammten oder der Ehepartner ein versehrter Kriegsveteran war.

Hinzu kamen vielfältige Umgehungstaktiken. Wer es sich leisten konnte, nahm z.B. die geforderte Geldstrafe in Kauf. Die konnte mit bis zu drei Jahreseinkommen beider Ehepartner empfindlich hoch sein. Dass sich einige wohlhabende Familien ihre nicht genehmigten Kinder trotzdem leisten konnten, sorgte angesichts der immer weiter aufgehenden Einkommensschere insbesondere bei den ärmeren Schichten für großen Unmut. Ärmere Haushalte wichen allerdings im ländlichen Raum auch häufig auf die weniger leicht zu kontrollierenden Hausgeburten aus. Bei städtischen Krankenhausgeburten hingegen musste die Schwangerschaftsgenehmigung vorgelegt werden. Hier half dann wohl gelegentlich ein Bestechungsgeld.

Demografische Folgen

Die rigide Bevölkerungspolitik hatte mit der Verzögerung einiger Jahre den gewünschten Erfolg. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate, also die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, sank von 5,5 im Jahr 1970 auf den heutigen Wert 1,6. Bei einer Geburtenrate von 12 (pro Tausend Einwohner) und einer Sterberate von 7 liegt die natürliche Wachstumsrate nur noch bei 0,5 Prozent (2014). Schätzungen gehen davon aus, dass ohne die Ein-Kind-Politik statt der heute 1,36 Milliarden Menschen in China etwa 400 Millionen mehr leben würden. Das Ziel, die Bevölkerungszahl auf maximal 1,2 Milliarden zu begrenzen, wurde allerdings verfehlt. Auch gegenwärtig beträgt der jährliche Zuwachs etwa 6,8 Millionen Menschen.

Dieser Zuwachs wird sich aber immer mehr abschwächen. Folgt man einschlägigen Prognosen, wird die Bevölkerungszahl Chinas zwar bis 2025 noch auf 1,4 Milliarden ansteigen, sich dann aber bis 2050 auf 1,31 Milliarden verringern. Hinter diesem Rückgang verbergen sich die Probleme einer rasch alternden Gesellschaft, die unmittelbar mit der Ein-Kind-Politik zusammenhängen. Als in den 1950er- und 1960er-Jahren Mao Zedong Kinderreichtum und hohes Bevölkerungswachstum als Grundlage wirtschaftlicher und nationaler Stärke sah, entstand eine Generation, die nun ins Rentenalter eintritt. Bei steigender Lebenserwartung werden diese Menschen immer älter.

Wenn der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen die 10-Prozent-Marke überschreitet, sprechen Bevölkerungswissenschaftler von einer „alternden Gesellschaft“. China hat diese Schwelle 1999 überschritten. Staatlichen Prognosen zufolge wird dieser Wert bis zur Mitte des Jahrtausends auf 31 Prozent ansteigen. Das sind über 400 Millionen Menschen, die im Rentenalter versorgt werden müssen. Außer der japanischen altert heute keine Gesellschaft so rasch wie die chinesische.

Die Versorgung der Alten wird nun zu einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Bei strikter Durchsetzung der Ein-Kind-Politik müssten (theoretisch) vier Großeltern und zwei Elternteile von einem erwachsenen Kind versorgt werden. Wird die gegenwärtige Politik beibehalten, ist dieses „4-2-1-Problem“ kaum lösbar. Diskutiert wird deshalb gegenwärtig in China der Ausbau des Rentensystem und der Versorgungseinrichtungen für Alte, die Anhebung des Renteneintrittsalters für Männer auf 65 und für Frauen auf 60 Jahre, aber vor allem auch die Abschaffung der Ein-Kind-Politik. Letzteres schon deshalb, weil Ökonomen darauf hinweisen, dass seit 2013 die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt und damit der bisher als unerschöpflich scheinende Nachschub an Arbeitskräften ausbleibt.

Soziale Folgen

Die Ein-Kind-Politik hatte eine weitere fatale Nebenwirkung. Es liegt in der konfuzianischen Tradition, in einer Familie die männliche Erblinie zu erhalten. Wenn nun das einzige erlaubte Kind ein Mädchen wird, droht eine Unterbrechung dieser Erbfolge. Viele Ehepaare waren daher bestrebt, durch Ultraschalluntersuchungen während der Schwangerschaft möglichst

früh das Geschlecht des Kindes zu erfahren. In der Folge häuften sich Abtreibungen bei weiblichen Föten.

Bei der Geschlechterverteilung wird eine Relation von 103 bis 107 Jungengeburten auf 100 Mädchengeburten als natürlich angesehen. In China kamen im Jahr 1982 noch 108 geborene Jungen auf 100 Mädchen. Bis 2009 war dieser Wert auf 120 zu 100 angestiegen. Diese Abweichung nach oben ist ein eindeutiger Hinweis auf die Bevorzugung von Jungen und die Geringschätzung des anderen Geschlechts. Daraus resultiert ein Mädchenmangel bzw. ein Männerüberschuss. Viele frustrierte, weil frauenlose junge Männer sind also nicht nur auf der Suche nach ihrem Liebesglück, sie müssen auch immer härter arbeiten, um ihre Eltern und Großeltern zu versorgen.

Antwort auf den demografischen Wandel: Änderung der Ein-Kind-Politik

Die autoritäre Linie, mit der einst die Ein-Kind-Politik in Kraft gesetzt wurde, ist heute einer gemäßigten Haltung gewichen. Die Kommunistische Partei ist schon seit längerem dazu übergegangen, jungen Frauen das Kinderkriegen nicht zu verbieten, sie „empfehlen“ nur, nicht mehr als ein Kind zu gebären. Seit einigen Jahren wird auch über das Ziel einer „Zwei-Kind-Familie“ diskutiert. Hierzu wurden bereits die Ausnahmeregelungen der Geburtenkontroll-Politik erweitert. In Shanghai dürfen seit 2004 Geschiedene und wiederverheiratete Paare Nachwuchs beantragen, auch wenn sie aus erster Ehe bereits ein Kind haben. In dieser boomenden Wirtschaftsmetropole mit ihrem ständigen Bedarf an Arbeitskräften wurde sogar eine lokale Kampagne zur Geburtenförderung gestartet. Junge Familien wurden über die erweiterten Ausnahmeregelungen informiert und man versuchte, sie zu einem weiteren Kind zu überreden.

Letzten Presseberichten zufolge will China nun seine jahrzehntelange Ein-Kind-Politik noch weiter lockern. Für die meisten Ehepaare sollen dann zwei Kinder erlaubt sein. Die entsprechenden Beschlüsse werden bis spätestens Anfang 2016 erwartet. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die jungen Paare in China dieser neuen Parteilinie folgen oder ob sich ihr generatives Verhalten nicht eher an dem der hochentwickelten westlichen Gesellschaften orientiert. Hier liegt die Gesamtfruchtbarkeitsrate inzwischen bei Werten zwischen 1,2 und 1,6.

Autor/Autorin:

Dr. Wilfried Korby

Ehemaliger Studiendirektor am Staufer-Gymnasium in Waiblingen und Fachberater für Geographie beim Regierungspräsidium Stuttgart; für den Verlag tätig als Herausgeber und Autor zahlreicher Oberstufen-Schulbücher, z. B. TERRA Regionalausgaben und Themenbände, Fundamente
Kontakt: WKorby@t-online.de

<http://www.klett.de/terrasse>
Letzte Änderung: 15.11.2016